

Der Freisinn

FDP

Nr. 1
Januar 1985
7. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Holen liberale Ordnungsvorstellungen in Europa auf?

«Unternehmungskultur»

Der Begriff «Unternehmenskultur» mag ungewöhnlich klingen. Dem Bereich der schönen Künste ist er sicherlich nicht zuzuordnen. Aber er bringt die Überzeugung zum Ausdruck, dass eine Volkswirtschaft, soll sie dauerhaften Wohlstand verbürgen, unternehmerischer Freiheit und Ertragskraft bedarf. Übersteigerter staatlicher Interventionismus ist ihr hinderlich.

Es kommt nicht von ungefähr, dass «Unternehmungskultur» ein von der britischen Premierministerin Thatcher bevorzugter Terminus ist. Sie hat ihn auch anlässlich des letzten EG-Gipfeltreffens in Dublin verwendet, als sie zu erkennen glaubte, dass in der Europäischen Gemeinschaft endlich eine Art Renaissance liberaler Konzepte Platz zu greifen beginnt.

Signale aus der EG

Jedenfalls hielt der Europäische Rat, der sich als Gremium der Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten jährlich dreimal versammelt, in der Hauptstadt Irlands fest, es müsse zu einer beschäftigungsbegünstigenden Strategie der Wirtschaftspolitik auch die «Förderung des Unternehmertums» gehören. Gleichsam flankierend dazu befürwortete der Rat eine vermehrte Arbeitskraft- und Arbeitsplatzmobilität, eine auf Wachstumsbranchen ausgerichtete Berufsbildung, die Beseitigung noch verbleibender Hin-

dernisse eines echten europäischen «Binnenmarktes», eine zukunftsorientierte Forschungspolitik und die Konsolidierung der monetären Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems.

Gewiss wäre die Bejahung der Frage, ob der freie Teil Europas liberalen Ordnungsvorstellungen wieder den gebührenden Stellenwert zu geben bereit sei, verfrüht. Doch weisen immerhin einige Anzeichen in diese Richtung. Selbst das sozialistische Frankreich hat dogmatische Starrheit überwunden, seit Präsident Mitterrands erster Wirtschafts- und Finanzminister Delors (er übernahm Anfang 1985 das Präsidium der EG-Kommission) auf inflationshemmenden Restriktionskurs gegangen ist und der neue Premierminister Fabius das Stichwort «Modernisierung» zu seinem Leitmotiv gemacht hat. Anscheinend ist man sich auch in Paris bewusst geworden, dass wirtschaftliche Unternehmungen florieren müssen, wenn Europa

die Herausforderungen des technologischen Vorsprungs der Amerikaner und der Japaner bewältigen soll.

Verbesserte Bedingungskonstellation

Sicherlich bleiben in Europa dirigistische und protektionistische Gegenkräfte am Werk. Doch die internationale Entwicklung hat in den beiden letzten Jahren die Voraussetzungen für eine liberale Neuorientierung verbessert. Unter dem Impuls des amerikanischen Konjunkturaufschwungs sind auch in Europa wieder positive Wachstumsraten entstanden. Trotzdem hat sich die Dämpfung des Inflationauftriebs behauptet. Eine Reihe hochverschuldeter Entwicklungsländer hat zu aktiven Handelsbilanzen zurückgefunden. Mancherorts ist die Ertragslage der Unternehmungen günstiger geworden, was wiederum die Investitionstätigkeit ermutigt hat, die für ein längerfristiges Wirtschaftswachstum unerlässlich ist.

Unbewältigte weltwirtschaftliche Probleme bleiben allerdings in beträchtlichem Ausmass bestehen. Die in vielen Ländern unerträglich hohe Arbeitslosigkeit ist dabei wohl an erster Stelle zu nennen, zusammen mit der Schuldenproblematik. Aber das fordert die marktwirtschaftliche Zielrichtung der Wirtschaftspolitik erst recht heraus. Es verlangt die endliche Abkehr von etatistischen Tendenzen, wie sie eben einer liberalen Unternehmungskultur allzu lange im Wege gestanden haben.

Vorbehalte und Kritik aus freisinnigem Blickwinkel

Jugendpolitik auf dem Abstellgleise?

Die Jugend sorgt nicht mehr für Schlagzeilen. Ist sie deshalb kein politisches Thema mehr? Dieser Frage ist aus freisinnigem Blickwinkel Urs Lauffer nachgegangen. Er präsidiert den Ausschuss für Jugendpolitik der FDP der Schweiz und ist Mitglied der Eidgenössischen Jugendkommission:



«Wenig Publikum am Tag der Jugend in Basel», «Farbloser Jugendtag in Zürich», «Bundesrat will Jugendanliegen nicht in erster Priorität behandeln»: Meldungen wie diese haben in den letzten Monaten aufhorchen lassen. Die Frage drängt sich auf, ob Jugendpolitik und die damit verbundenen Anliegen erneut ins politische Abseits geraten.

Aus den Schlagzeilen

Vorweg: Dass jugendpolitische Themen nicht mehr so viele Schlagzeilen machen, wie dies in der Folge der sogenannten Jugendunruhen der Fall war, ist nicht nur negativ. Schlagzeilen verleiten zu einer wenig differenzierten Diskussion der Probleme – eine Gefahr, der in den letzten Jahren allzu viele Politiker erlegen sind.

Alle an jugendpolitischen Fragen Interessierte hätten jetzt die grosse Chance, die zahlreichen ungelösten Probleme sachlich – und ohne «Druck von der Strasse», wie er noch vor zwei Jahren bestand – anzupacken. Ob diese Möglichkeit allerdings genutzt wird, scheint fraglich.

Berechtigte Kritik am Bundesrat

Der Bundesrat ist nicht gewillt, die Probleme des Bildungsurlaubes für ehrenamtliche Jugendarbeiter und die Unterstützung ausser-schulischer Jugendarbeit mit erster Priorität zu behandeln. Dies entgegen dem Willen des Nationalrates. Wer die überladene Liste jener Geschäfte kennt, die erste Priorität darstellen, befürchtet wohl nicht zu Unrecht, dass diese beiden wichtigen Themen für längere Zeit vom Tisch

sind. Der Protest verschiedener Jugendorganisationen gegen diesen bundesrätlichen Entscheid, der im übrigen auch einer Desavouierung der Eidgenössischen Jugendkommission gleichkommt, ist deshalb nicht nur verständlich, sondern wohl auch berechtigt.

Natürlich: Es gibt «wichtigere» Geschäfte als die Unterstützung der ausserschulischen Jugendarbeit. Aber mit diesem Geschäft hätte die Landesregierung manifestieren können, dass sie bereit ist, all den schönen Worten zur Jugendpolitik endlich auch Taten folgen zu lassen. Wir zählen auf unsere FDP-Parlamentarier, dass die genannten Traktanden nicht allzulange Staub ansetzen und noch innert nützlicher Frist behandelt werden können.

FDP-Positionen als Richtschnur

Die FDP Schweiz ist für die konkrete Arbeit in Sachen Jugendpolitik gut gerüstet. Die im vergangenen Jahr verabschiedeten FDP-Positionen zur Jugendpolitik bilden ein sicheres und sinnvolles Fundament für diese Tätigkeit.

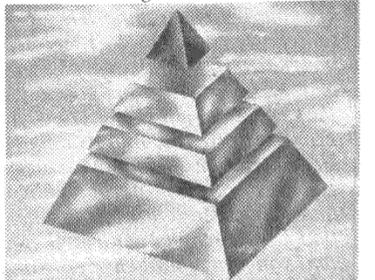
Allerdings wäre es wünschbar, wenn diese Positionen nicht nur auf Bundesebene, sondern auch bei den Kantonal- und Ortsparteien noch intensiver diskutiert würden, als dies bisher geschehen ist. Die FDP-Positionen zur Jugendpolitik sind nicht als Papier für die Schublade gedacht, sondern als Richtschnur für die täglich notwendige Auseinandersetzung.

Fortsetzung auf Seite 6



FDP-Prominenz unter sich: Ständerat Franco Masoni (TI) mit Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz und Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey (VD), während sich Ständerat Dr. Otmar Andermatt (ZG) mit Bundesrätin Elisabeth Kopp unterhält.

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Die Finanzierung der PdA

Geld aus Moskau

Über Moskaus Kanal zur Partei der Arbeit (PdA) und zu anderen linksgerichteten Organisationen in der Schweiz gab es bisher lediglich eine Vielzahl von ernst zu nehmenden Vermutungen. Die kürzlich in Buchform herausgegebenen Enthüllungen von Nicolas Polianski, der von 1972 bis 1976 als Kulturattaché an der Sowjetbotschaft in Bern tätig war, geben nun eine eindeutige Bestätigung.

Demnach erhielten die in der PdA vereinten Schweizer Kommunisten pro Jahr etwa 300 000 Franken aus Moskau; die Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion weitere 100 000 Franken. Das Thema des Buches über das «Ministerium für auswärtige Angelegenheiten» ist nicht primär die PdA, sondern das Wirken einer sowjetischen Botschaft im allgemeinen. Dass der Beamte der Botschaft, der für die Beziehungen mit der PdA zuständig war, einer führenden Persönlichkeit dieser Partei verschiedentlich Geld überreichte, wird denn auch nur am Rande vermerkt. An der Richtigkeit dieser Angaben ist dennoch nicht zu zweifeln, auch wenn die Führungsspitze der PdA die Vorwürfe erwartungsgemäss als «grobe Lügen» bezeichnet hat.

Einseitige Presseförderung betrieben

Mit der PdA habe er sich nicht selber befasst, erklärte Polianski, der von 1969 bis 1981 im diplomatischen Dienst des Kreml stand, in einem Interview. Bei der Geldübergabe sei er zwar nicht dabei gewesen - diese erfolge in der Regel unter vier Augen. Aber alle Diplomaten der Botschaft hätten davon gewusst. Als bevorzugter Dolmetscher des Botschafters für das Französische habe er jedoch häufig den Unterredungen mit dem ehemaligen Genfer Nationalrat Jean Vincent beige-wohnt. Dieser war zu jener Zeit

Präsident der PdA. Die Unterredungen, die entweder in der Botschaft in Bern oder in einem stillen Restaurant bei Genf oder Zürich stattfanden, dienten dazu, die vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei aus Moskau erhaltenen Informationen beziehungsweise Anweisungen weiterzugeben. Polianski glaubt, dass die direkte Finanzhilfe Moskaus hauptsächlich den Parteizeitungen «Voix Ouvrière» und «Vorwärts» zugute gekommen ist.

Geld für konkrete Veranstaltungen

Zum Pflichtenheft von Polianski gehörte die Betreuung der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion. Sie wird noch heute vom damaligen PdA-Nationalrat Armand Forel, Arzt in Nyon, präsidiert. Was

diese Organisation betrifft, kann Polianski die Geldübergaben bezeugen. Er hat sie nämlich selbst getätigt, die Quittungen entgegengenommen und nach Moskau weitergeleitet. Diese Beiträge seien nicht für die allgemeinen Bedürfnisse der an sich armen Organisation verwendet worden, sondern für konkrete Veranstaltungen wie Ausstellungen, schweizerisch-sowjetische Freundschaftswochen, Vorträge und anderes mehr.

Licht auf die Tätigkeit der Agentur Nowosti

Die Ausführungen Polianskis geben auch einen wichtigen Hinweis auf die Tätigkeit der vom Bundesrat im letzten Jahr geschlossenen Presse- und Propaganda-Agentur Nowosti, dessen Verantwortliche des Landes verwiesen worden sind. Die in bezug auf die sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz noch weitgehend im dunkeln tappende Öffentlichkeit wird durch Polianski unter anderem darauf aufmerksam gemacht, dass die Agentur Nowosti dem Schweizer Fernsehen bei den Vorbereitungen von Filmen über die Sowjetunion behilflich gewesen ist. Dabei sei es ihr gelungen, Änderungen beim Schnitt und beim Kommentar durchzusetzen; zur vollen Zufriedenheit der Botschaft und der Moskauer Zentrale.

Die Revision der Warenumsatzsteuer

Auf der langen Bank

Der Bundesrat lehnt das von der Studienkommission Heimann entworfene Modell zur Revision der Warenumsatzsteuer (Wust) ab. Als Begründung für diesen Entscheid werden die Vernehmlassungsergebnisse angeführt: Das Grundanliegen der Beseitigung der international einmaligen Investitionssteuer wurde wohl gutgeheissen, die zur Kompensation der entstehenden Einnahmeherausfälle vorgesehenen Massnahmen waren jedoch umstritten.

Die Studienkommission Heimann, die auf Grund einer 1981 überwiesenen und nach wie vor hängigen Motion eingesetzt wurde, kam nach eingehender Prüfung unseres Wust-Systems zum Resultat, dass die Unterstellung der Investitionen zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führt. In der Folge wurde die Beseitigung dieser Steuer als vordringliche wirtschaftspolitische Massnahme bezeichnet. Das erhebliche Ausmass der Verzerrungen wird durch den bei der Beseitigung entstehenden Einnahmeherausfall von 1,1 Milliarden Franken illustriert. Dass die Kompensation dieser erklecklichen Summe nicht einfach sein würde, lag von Anfang an auf der Hand. Die Argumentation von gegnerischer Seite aber, wonach einerseits diese Belastung für die Wirtschaft absolut zu tragen sei, die Kompensation des Einnahmeherausfalles aber andererseits für den Konsumenten zu unzumutbaren Mehrbelastungen führe, wirkt in höchstem Masse unredlich.

Worte und Taten!

Die Kompensationsvorschläge der Kommission Heimann sind wohldurchdacht und hätten per Saldo, wenn überhaupt, nur zu geringfügigen Höherbelastungen des Konsums geführt. Die wichtigsten Massnahmen wären die Unterstellung der Energieträger unter die Wust, die Erfassung marktfähiger Eigenleistungen sowie die Aufhebung des bausewerblichen Sondersatzes. Mit der Verwerfung des Konzeptes Heimann wurde bedauerlicherweise eine realistische und sachgerechte Chance zur längst überfälligen Revision der Wust vertan. Der Bundesrat hält aber weiterhin, zumindest verbal, an einer

Beseitigung der Investitionssteuer im Rahmen einer Wust-Revision fest. Er hat denn auch Auftrag ans Finanzdepartement gegeben, andere Kompensationsvarianten zu prüfen. Man denkt dabei insbesondere an die Unterstellung gewisser Dienstleistungen sowie eine allgemeine Erhöhung der Wust-Sätze. Man ist sich selbst im Bundesrat bewusst, dass diese Varianten auch sehr umstritten sein werden. Zudem wäre zu ihrer Einführung gar eine Änderung der Verfassung vonnöten. Anstelle der umstrittenen Vorschläge der Kommission Heimann sollen nun also Alternativen geprüft werden, von denen schon heute klar ist, dass sie zumindest ebenso umstritten sein werden. Zieht man zudem in Betracht, dass der Verwaltung für diese Prüfung keine zeitliche Frist gesetzt wurde, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Elimination der für ein Exportland wie die Schweiz völlig absurden Investitionssteuer auf die lange Bank geschoben wird.

Zusätzliche Einnahmen für den Bund?

In dieser Richtung deutet auch die feste Absicht der Exekutive, die Energie-Wust separat einzuführen und sich so zusätzliche Einnahmen zu verschaffen, anstatt sie zur Kompensation für die Elimination der Investitionssteuer zu reservieren. Obwohl auch dieses Sondergeschäft nach wie vor hängig und eine Annahme durch das Parlament höchst ungewiss ist, sind die betreffenden Mehreinnahmen im Finanzplan 1984/87 schon eingeplant! Abschliessend und nur am Rande sei noch auf einen Widerspruch in der bundesrätlichen Po-

litik aufmerksam gemacht: Einerseits ist man offenbar nicht willens, über eine Wust-Revision eine zügige Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu erreichen, andererseits will man der Wirtschaft dafür in Form der Innovationsrisikogarantie unerwünschte Staatskrücken verordnen. Die Wust-Revision im Sinne der Kommission Heimann wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer gezielten Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen, womit der Wirtschaft zweifellos am besten gedient wäre.



Weitgehende Zustimmung

Die FDP zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes

Der vorgeschlagene Revision des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) pflichtet die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) weitgehend zu. Sie beantragt jedoch den Verzicht auf einige Bestimmungen und tritt für einfachere Lösungen ein. Dies geht aus der Vernehmlassungsantwort der Partei hervor. Das SVG soll aus Gründen des Rechtsschutzes, der Verkehrssicherheit sowie aus Anpassung an die Gerichtspraxis revidiert werden.

Die FDP regt in ihrer Stellungnahme an, im Sinne einer Vereinfachung auf die Ausgabe eines eidgenössischen Führerscheins für bundeseigene Fahrzeuge bzw. deren Lenker zu verzichten. Verzichtet werden soll auch auf die angehehrte Bundeskompetenz zur Einführung eines Teilfahrschulobligatoriums, da die vorgeschlagene Kann-Formulierung nicht durchsetzbar sei. Nicht im Gesetz verankert werden will die FDP Fragen der Entlohnung von Berufsschauffeuren; dies sei Sache sozialpartnerschaftlicher Vereinbarungen. Zustimmung finden die beantragte Einführung des bedingten Führerausweises sowie dessen Differenzierung. Beigepflichtet wird der Anpassung von Höchstmassen bei Motorfahrzeugen an internationale Normen (Höchstbreite 2,50 m sowie Länge beim Sattelmotorfahrzeug 15,50 m). Unterstützung findet ebenfalls der Antrag, einem Führer den Ausweis zu entziehen, wenn sich dieser vorsätzlich einer amtlich angeordneten Blutprobe oder einer zusätzlichen ärztlichen Untersuchung widersetzt oder entzog oder den Zweck dieser Massnahme vereitelt hat.

Für Mutterschaftstaggeld ohne Lohnprozente

Stellungnahme der FDP-Fraktion

Gemäss Beschluss des Nationalrates in der Dezembersession soll ein alle Betriebe und damit über 2½ Millionen Arbeitnehmer umfassendes Obligatorium der Krankentaggeldversicherung geschaffen werden. Dieses neue Versicherungsobligatorium hätte nach Ansicht der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesver-

Selbstbestimmungsrecht als KSZE-Thema

Begehren von 85 Parlamentariern

Der Vorsteher des Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bundesrat Pierre Aubert, soll dahin wirken, dass das Thema Selbstbestimmungsrecht auf die Traktandenliste der KSZE-Nachfolgekonferenz in Ottawa gesetzt wird. Diese Aufforderung ist in einem von 85 Mitgliedern der eidgenössischen Räte aus praktisch allen Fraktionen unterzeichneten Schreiben an den EDA-Chef enthalten, das von den Nationalräten Dr. Peter Sager (SVP, BE) und Ernst Cincera (FDP, ZH) angeregt wurde.

Im Schreiben wird bedauert, dass sich die bisherigen Abrüstungsgespräche darauf beschränkt haben, im wesentlichen lediglich über das Einfrieren der beidseits vorhandenen Bestände an Atomraketen zu sprechen. Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen könnten nur dann erzielt werden, wenn die Hauptursache der vorhandenen Spannungen, das fehlende Selbstbestimmungsrecht der Völker, zum bestimmenden Faktor der internationalen Politik erklärt werde. Wenn wirklich echte Fortschritte bei der Abrüstung erreicht werden sollten, sei deshalb zuerst das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Wort und Tat anzuerkennen. Deshalb fordern die 85 Parlamentarier Bundesrat Aubert auf, dahin zu wirken, dass in Ottawa auch über das Selbstbestimmungsrecht der Völker debattiert wird.

sammlung nicht nur unproduktive bürokratische Umtriebe zur Folge, sondern würde auch die bisherigen gesamtarbeitsvertraglichen Abmachungen aushöhlen und zu neuen Lohnabzügen bei den Arbeitnehmern führen. Die FDP-Fraktion kann in ihrer grossen Mehrheit einer neuen staatlichen Zwangsversicherung nicht zustimmen. Sie strebt eine freiheitliche Regelung des Einkommensersatzes bei Krankheit und Mutterschaft ohne Versicherungsobligatorium und ohne lohnprozentuale Prämien an.

Die FDP-Fraktion hat sich im Nationalrat mit konkreten Anträgen dafür eingesetzt, den Mutterschaftsschutz über eine obligationenrechtliche Regelung sicherzustellen, und zwar im gleichen Umfang, wie dies in der Abstimmungskampagne gegen die Mutterschaftsinitiative in Aussicht gestellt wurde. Sie bedauert, dass durch die Ablehnung ihrer Vorschläge eine Vorlage entstand, die für dem Volk kaum Erfolg haben wird, und damit eine vernünftige Regelung der Mutterschaftsversicherung verzögert wird. Dem abgetrennten Hauptteil der Krankenpflegeversicherung hat sie beigepflichtet.

Die Finanzierung der PdA durch die Sowjetbotschaft

Vorstoss von FDP-Nationalrat Spälti

Klärt der Bundesrat ab, ob durch die finanzielle Unterstützung der kommunistischen Partei der Arbeit (PdA) durch die sowjetische Botschaft in der Schweiz allenfalls strafbare Handlungen gegen die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft begangen worden sind? Diese Frage stellt in einem parlamentarischen Vorstoss FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (Hetzlingen ZH). Weiter wird darin die Landesregierung angefragt, welche Massnahmen sie allenfalls zu treffen gedenkt.

In einem soeben erschienenen Buch rapportiert der abgesprungene Sowjetdiplomate Nicolas Polianski, der während vier Jahren als Kulturattaché in der Berner Botschaft gemeldet war, über die Verbindungen der Botschaft mit der PdA sowie kommunistisch orientierten Gesellschaften. Dabei legt er finanzielle Unterstützungen von bedeutendem Ausmass (für die PdA allein jährlich 300 000 Franken) offen. Der freisinnige Volksvertreter weist in seiner Eingabe zudem darauf hin, dass eine vermehrte Kontrolle und Überwachung der Tätigkeiten von Angehörigen der Sowjetbotschaft und der diplomatischen Vertretungen anderer kommunistischer Staaten und deren Beziehungen zu Exponenten der revolutionären, marxistischen und kommunistischen Parteien, Gruppierungen und Aktivisten je länger je mehr angebracht erscheine.

Nicht nur für Tenniscracks

geeignet sind das FDP-Stirnband und die beiden Gelenkstulpen: sondern auch (was jetzt aktuell ist) zum Skifahren und Langlaufen. Aber auch Jogger haben ihren Plausch daran (zumindest ein freisinniger Jogger - von Haus aus Regierungsrat - ist mit diesen FDP-Insignien anzutreffen...). Material: 90 Prozent Baumwolle, 5 Prozent Nylon und 5 Prozent Latex. Sehr saugfähige Qualität. Und selbstverständlich in den FDP-Farben (Weiss/Blau/Rot. Preis pro Set (d. h. Stirnband plus zwei Gelenkstulpen): 10 Franken.

Bitte senden Sie mir... Set(s) FDP-Stirnband mit zwei Gelenkstulpen zum Preis von je 10 Franken (inkl. Porto und Verpackung).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

Talon bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

Vor dem eidgenössischen Urnengang vom 10. März

Darum geht es

Am 10. März gelangen vier eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung: die Ferien-Initiative, die von Bundesrat und Parlament zur Ablehnung empfohlen wird, sowie drei Geschäfte aus dem ersten Paket der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen, die von Landesregierung und Bundesversammlung den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Gutheissung unterbreitet werden. Christian Boesch hat den Inhalt der vier Geschäfte zusammengefasst:

Noch drei weitere Abstimmungsdaten sind vom Bundesrat für 1985 festgelegt worden: 9. Juni, 22. September und 1. Dezember. Die zum Entscheid anstehenden Vorlagen sind zum Teil auch schon bekannt. Für den Juni-Termin hat die Landesregierung bereits vier Geschäfte namentlich genannt: Initiative «Recht auf Leben», zwei weitere Vorlagen

aus dem ersten Paket der Aufgabenverteilung (Aufhebung des Kantonsanteils am Reinertrag der Stempelabgaben sowie Neuverteilung des Reinertrags aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser) sowie eine Massnahme aus dem Sparpaket 84 (Aufhebung der Unterstützung für die Selbstversorgung mit Brotgetreide).

Ferien-Initiative: Volksbegehren contra Gesetz

Die Ferien-Initiative wurde im Oktober 1979 mit über 120 000 Unterschriften vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und der SP der Schweiz eingereicht. Der Bundesrat lehnte sie ab, schlug jedoch dem Parlament vor, eine Teilrevision des Obligationenrechts vorzunehmen, um den Anliegen der Initianten entgegenzukommen. Diesem Antrag folgten National- und Ständerat: In der Herbstsession 1983 wurde die Ferien-Initiative mit 106 zu 55 Stimmen (Nationalrat) bzw. mit 30 zu 6 Stimmen im Ständerat abgelehnt. In der Dezembersession 1983 wurde die Teilrevision des Obligationenrechts von der Volkskammer mit 132 zu 21 Stimmen und von der kleinen Kammer mit 26 zu 10 Stimmen gutgeheissen.

Was die Initiative will ...

Die Ferien-Initiative verlangt eine Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 34^{ter}. Darin wird postuliert, dass jeder Arbeitnehmer Anspruch auf mindestens vier Wochen bezahlte Ferien bis zu seinem 39. Altersjahr hat; ältere Arbeitnehmer sowie solche (inkl. Lehrlinge) bis zum 20. Altersjahr einen solchen von fünf Wochen. Kantonale Regelungen, die für den Arbeitnehmer günstiger sind, bleiben vorbehalten. Diese Bestimmung soll Anwendung finden für in einem privat- oder öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnis stehende Arbeitnehmer.

... und was der Gegenvorschlag gebracht hat

Der Gegenvorschlag, gegen den vom Referendumsrecht nicht Gebrauch gemacht wurde und der seit Mitte 1984 in Kraft steht, sieht vier Wochen bezahlte Ferien für Arbeitnehmer über dem 20. Altersjahr vor, für jüngere (und Lehrlinge) fünf Wochen. Ausdrücklich bleibt es den Sozialpartnern vorbehalten, weitergehende Regelungen zu treffen, wenn nicht die Interessen des Arbeitnehmers tangiert werden.

**Der Inhalt des ersten Paketes ...**

Die Botschaft zum ersten Paket der Aufgabenverteilung betraf folgende Gebiete: Straf- und Massnahmenvollzug, Zivildienst, Volksschule, Hauswirtschaftsunterricht, Stipendien, Turnen und Sport, Gesundheitswesen, AHV, Altersheime, Ergänzungsleistungen AHV/IV, Unterstützung von Flüchtlingen, Wohnbauförderung, Finanzausgleich. Vom Parlament wurde zusätzlich miteinbezogen die Aufhebung der Kantonsanteile am Reinertrag der Alkoholverwaltung und am Reinertrag der Stempelsteuer.

Die Beschlüsse der eidgenössischen Räte weichen – neben dem doppelten Verzicht auf die Kantonsanteile – in nur zwei Punkten grundlegend von der Vorlage des Bundes ab: Die Betriebsbeiträge an Erziehungsheime werden in modifizierter Form weitergeführt; der Bund wird den allgemeinen Wohnungsbau weiterhin fördern.

... und des zweiten Paketes

Das zweite Paket weist vier Schwerpunkte auf: Unterricht, Kultur, soziale Sicherheit sowie Wirtschaft und Umwelt. Ferner wird die Aufgabenverteilung im Strassenverkehrsrecht und bei der Landesverteidigung behandelt.

wird verunmöglicht – im Gegensatz zur Initiative –, dass die Kantone für die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft längere Ferien bewilligen, als sie der Initiativtext vorschlägt, was zu unterschiedlichen Regelungen in den Kantonen führen könnte.

Die Begründung der Initianten

Die Ferien-Initiative wird damit begründet, dass mehr Schutz für die Gesundheit der Arbeitnehmer nötig sei, deren Arbeit immer hektischer und immer eintöniger werde. Eine Ausdehnung der Ferienzeit sei ein taugliches Mittel im Kampf gegen Übermüderscheinungen, die Zunahme der Arbeitsintensität, die längeren Arbeitswege. Hinzu komme, dass der Wunsch nach Verbesserung der Lebensqualität in den Vordergrund rücke, wenn die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse einen gewissen Grad erreicht habe.

Das Nein von Bundesrat und Parlament

Die Fixierung der Feriendauer in der Verfassung wird von Bundesrat und eidgenössischen Räten abgelehnt, da es sich um eine Kompetenz handle, die der Landesregierung schon zustehe. Die Gleichstellung der Arbeitnehmer im privaten und öffentlichrechtlichen Bereich sei ein Eingriff in die kantonale Hoheit im Bereiche des öffentlichen Dienstrechtes. Auf Grund der Initiative könnten die Kantone zudem für die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft auch längere Ferien bewilligen, was zu unterschiedlichen Regelungen in den Kantonen führte, dem Grundsatz der Rechtsgleichheit widerspräche und wirtschaftlich schwächeren Kantonen zusätzliche Probleme bereiten könnte. Der Bund solle sich wie bis anhin auf Gesetzesstufe auf die Festlegung eines allgemeinen anerkannten Minimums beschränken, damit den Sozialpartnern beim Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen der nötige Spielraum bleibe.

Aber Ja zu einem indirekten Gegenvorschlag

Bundesrat und eidgenössische Räte vertraten mehrheitlich die Ansicht, dass die Belastung der

Parteitag der FDP der Schweiz vom 19./20. April 1985 in Davos

«Die Frau in der Gesellschaft»

Die FDP der Schweiz hat sich 1971 ganz klar für die Einführung des Frauenstimmrechts und 1981 für den Verfassungsartikel für gleiche Rechte von Mann und Frau ausgesprochen. Sie ist sowohl in der Bundesversammlung als auch in kantonalen und kommunalen Parlamenten mit weiblichen Mitgliedern vertreten. Die FDP stellt seit verganginem Oktober auch die erste Frau im Bundesrat, was uns mit Freude und Genugtuung erfüllt. Unser Einsatz für die Frauen soll damit aber nicht abgeschlossen sein. Bei der Gleichberechtigung handelt es sich um einen laufenden Prozess, bei dem sich die FDP stark engagiert.

Die Geschäftsleitung unserer Partei hat (noch vor der Wahl von Elisabeth Kopp in den Bundesrat!) beschlossen, die nächste ordentliche Delegiertenversammlung vom 19./20. April 1985 in Davos mit einem Parteitag unter dem Motto «Die Frau in der Gesellschaft» zu verbinden. An dieser Tagung diskutieren wir in verschiedenen Arbeitsgruppen Probleme, welche sich Frauen in jeglicher Situation, unabhängig vom Zivilstand, und in jedem Alter stellen. Folgende Themen wurden dafür in Aussicht genommen:

1. In einer Arbeitsgruppe «Arbeitswelt» sollen der Stellenwert der Frauenarbeit in unserer Wirtschaft, die Frau im Arbeitsrecht und in den Gesamtarbeitsverträgen, Teilzeitarbeit, Job-Sharing, neue Technologien und so weiter besprochen werden.
2. Eine Arbeitsgruppe «Altersvorsorge» behandelt Probleme im Zusammenhang mit der 10. AHV-Revision und der 2. Säule sowie der Selbstvorsorge, die sich vor allem für die Frauen stellen.
3. In einer Arbeitsgruppe «Krankenversicherung» geht es um die wichtigsten Fragen im Gesundheitswesen, bei der Krankenversicherung und beim Mutterschaftsschutz.
4. In einer Arbeitsgruppe «Aus- und Weiterbildung» wird über Wiedereinstieg, zweiten Bildungsweg und so weiter diskutiert.
5. In einer Arbeitsgruppe «Steuerrecht» sollen Fragen im Zusammenhang mit dem neulich ergangenen Bundesgerichtsurteil betreffend die Diskriminierung von Ehepaaren im Vergleich mit Konkubinatspaaren und Lösungsmöglichkeiten (Splitting, Tarifvarianten, Abzugsmöglichkeiten und so weiter) erörtert werden.
6. In einer Arbeitsgruppe «Zivilschutzdienst/Gesamtverteidigung» geht es um die Rolle der Frau in diesen Bereichen.

Die Arbeitsgruppen werden am Freitag nachmittag die Themen behandeln und ihre Schlussfolgerungen ziehen. Am Samstag morgen werden die Gruppenleiter über die Tätigkeiten rapportieren. Anschliessend wird, mit neuen Teilnehmern, ein Panelgespräch unter dem Motto «Was kann unsere Partei für die Frauen tun?» durchgeführt.

Den Teilnehmern wird vor der Tagung die erforderliche Dokumentation mit Beiträgen von Fachleuten zu allen Themen abgegeben.

Kosten: Reise, Unterkunft (es stehen Hotels in allen Kategorien zur Verfügung) sowie Verpflegung gehen zulasten der Teilnehmer. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Eingeladen zu diesem Parteitag sind alle Parteimitglieder.

Anmeldung

Die/der Unterzeichnete meldet sich *definitiv/provisorisch** für den Parteitag vom 19./20. April 1985 in Davos an und wünscht Zustellung der detaillierten Unterlagen nach deren Vorliegen.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

* Nicht Zutreffendes bitte streichen.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon bitte einsenden an das Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern.

Arbeitnehmer sowie die Umwelteinflüsse das Bedürfnis nach längeren Erholungszeiten steigerten. Sie sprachen sich für eine Teilrevision des Obligationenrechtes aus und übernahmen die Forderung der Initiative auf Erhöhung der Mindestferiendauer weitgehend. Diese Teilrevision mit ihrem erhöhten Ferienanspruch wurde auf Mitte 1984 in Kraft gesetzt.

Die Urheber des Volksbegehrens wollen nun aber sowohl den Spatz – die Teilrevision des Obligationenrechtes – wie auch die Taube, die vollständige Realisierung ihrer Begehren. Entgegen den Erwartungen haben sie die Initiative nicht zurückgezogen, weshalb sie zur Abstimmung gelangt. Bundesrat und Parlament empfehlen deren Ablehnung. Zum indirekten Gegenvorschlag haben die Stimmbürger nicht Stellung zu beziehen; vom Referendumsrecht dagegen wurde nicht Gebrauch gemacht, weshalb er auch schon in Kraft gesetzt werden konnte.

Die Initiative wird im Abstimmungskampf ausser von ihren Urhebern – dem SGB sowie der SPS

Fortsetzung auf Seite 4

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



Fortsetzung von Seite 3

- Zuzug nur noch von weiteren Linkskreisen erhalten. Die übrigen Parteien sowie die weiteren interessierten Organisationen - insbesondere Arbeitgeber- und Gewerbeverband - werden dagegen antreten. Sie werden bei der Verfechtung des Nein-Standpunktes nicht nur auf die Be-

schlüsse und Empfehlungen von Parlament sowie Bundesrat hinweisen, sondern auch darauf, dass die Mindestdauer der Ferien verlängert wurde und so die Ziele der Initiative weitgehend erfüllt sind, während die Realisierung der übrigen Forderungen des Volksbegehrens problematisch sei.

lich 5,5 Milliarden Franken noch ganze 1,7 Millionen Franken ausmacht.

... wie auch das Gesundheitswesen

Wie der Volksschulunterricht ist das Gesundheitswesen weitgehend Sache der Kantone. Seit 1897 ist der Bund jedoch verpflichtet, die Kantone bei der Lebensmittelkontrolle finanziell zu unterstützen. Dafür wendet er gegenwärtig jährlich rund eine Million Franken auf. Auf diese Subvention soll inskünftig verzichtet werden, da sie administrativ aufwendig ist und für die Kantone kaum in Betracht fällt.

Verzicht auf Ausbildungsbeiträge

Nach Ansicht des Bundesrates und der deutlichen Mehrheit der eidgenössischen Räte ist das Schulwesen primär Sache der Kantone. Wenn die Aufgaben-

26. Januar

Der Parolenfassung für den eidgenössischen Urnengang vom 10. März ist die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz vom 26. Januar, 10 Uhr im Kursaal Bern gewidmet. Dabei wird Bundesrätin Elisabeth Kopp sich zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kanton äussern. Alle Parteimitglieder sind zur Versammlung eingeladen.

neuverteilung auch ihrem Sinne nach durchgesetzt werden soll, haben die Kantone konsequenterweise auf die Ausbildungsbeiträge des Bundes, die sich im Jahr auf rund 70 Millionen Franken belaufen, zu verzichten. Dank einem verbesserten Finanzausgleich dürften den finanzschwächeren Kantonen keine besonderen Schwierigkeiten aus dem Wegfall der Bundesbeiträge erwachsen.

Auf Grund der Haltung der Fraktionen ist damit zu rechnen, dass die bürgerlichen Bundesratsparteien allen drei Vorlagen aus dem ersten Paket der Aufgabenverteilung beipflichten werden. Die SP hat ihre Opposition gegen den Verzicht auf die Ausbildungsbeiträge bereits angekündigt, stimmt den beiden anderen jedoch zu. Die Kantonsregierungen - als Direktbetroffene - haben sich für alle drei Vorlagen ausgesprochen.

Doppelnummer der «Politischen Rundschau»

Rund um die 10. AHV-Revision

«Gegenwärtig ist die 10. Revision der AHV nicht einmal ein Torso. Effektiv existieren heute keine Leitplanken, die angeben, wie sie durchgeführt werden soll.» Wer dies in einem Interview äusserte, war kein geringerer als der eidgenössische Sozialminister: Bundesrat Alphons Egli. Die Ratlosigkeit sowie das Tauziehen um die 10. AHV-Revision waren für die Herausgeber der «Politischen Rundschau», der Vierteljahresschrift der FDP der Schweiz, Anlass, eine Doppelnummer diesem Thema zu widmen. Kompetente und prominente Autoren äussern sich darin.

Nach jahrelangem Tauziehen um die 10. AHV-Revision scheinen tragfähige Lösungen in weite Fernen gerückt zu sein. Angesichts der Komplexität der Materie ist dies für den unbefangenen Beobachter nicht verwunderlich. Wenn er sich die Mühe nimmt, die anvisierten Ziele und mögliche Massnahmen zu deren Realisierung zu analysieren, wird ihm deutlich, dass manche Illusionen bestehen, die die Quadratur des Kreises einschliessen.

In der Tat sind recht anspruchsvolle Aufgaben zu lösen, wenn man bedenkt, dass die Gleichstellung von Mann und Frau, die Einführung eines flexiblen Rentenalters sowie das Schliessen von Lücken durch punktuelle Verbesserungen in den verschiedenen Sozialversicherungsbereichen angestrebt werden, wobei das Ganze insgesamt kosten- oder nach jüngster bundesrätlicher Zielvorgabe gar haushaltneutral erfolgen soll.

Die bisherige Diskussion hat wenig zu echten Problemlösungen mit breitem Konsens beigetragen, da die Meinungen so divergier-

rend sind, dass letztlich nur sterile Wortgefechte daraus resultierten. Zudem wird es für den politischen Beobachter zunehmend schwieriger, sich zurechtzufinden, die Expertenmeinungen gegeneinander abzuwägen sowie die verschiedenen Gruppeninteressen zu gewichten.

Diese Ausgangslage und daraus abgeleitet der Wille, den Weg aus den verschiedenen Sackgassen herauszufinden, haben die Herausgeber bewogen, eine Doppelnummer der «Politischen Rundschau» diesen Fragen zu widmen. Ziel dieses Heftes ist es, eine Art Auslegeordnung als Basis für die weitere - vor allem vorerst parteiinterne - Diskussion zu präsentieren. Eine Auslegeordnung sowohl der anstehenden Probleme als auch der angebotenen Lösungsvorschläge aus den verschiedensten Blickwinkeln heraus - vornehmlich aus freisinnigen. Dennoch verdient diese Auslegeordnung - auf Grund der Sachkompetenz der Autoren - über die Partei hinaus Beachtung.

Erster Schritt zur Aufgabenverteilung

Im Laufe der Jahrzehnte ist in der Schweiz ein undurchschaubares Geflecht von Kompetenzen, Subventionen und Abhängigkeiten entstanden, das den Kantonen und Gemeinden zuviel Eigenständigkeit und Verantwortung wegnimmt. Mit einer Neuverteilung der Aufgaben sollen die Gewichte, die sich immer mehr in Richtung Bund verlagert haben, neu aufgegliedert werden. Entsprechende Bemühungen wurden zwar bereits früher verschiedentlich gestartet - mit allerdings eher geringem Erfolg.

Ein neuer Anstoss zur Reform des Föderalismus wurde zu Beginn der siebziger Jahre unternommen. Eine Expertenkommission, in welcher auch die Kantonsregierungen vertreten waren, erarbeitete ein erstes Paket von Vorschlägen (ein zweites wurde Mitte November 1984 präsentiert), das nach einem breit angelegten Vernehmlassungsverfahren 1981 vom Bundesrat dem Parlament zugeleitet wurde.

Insgesamt fünf Abstimmungsvorlagen

Insgesamt 13 Positionen enthält das erste Paket. Fünf davon kom-

men zur Abstimmung (drei am 10. März, zwei am 9. Juni); bei den übrigen genügte eine Revision der Gesetze, wobei vom Referendumsrecht nicht Gebrauch gemacht wurde. Von den drei am 10. März dem Souverän unterbreiteten Vorlagen zur Aufgabenverteilung sind zwei unbestritten: Die Aufhebung der Bundesbeiträge für den Primarschulunterricht sowie die Aufhebung der Beitragspflicht des Bundes im Gesundheitswesen. Umstritten ist der Verzicht auf die Bundessubventionen beim Stipendienwesen. Während die bürgerlichen Bundesratsparteien CVP, FDP und SVP auch letzterem Vohaben beipflichten, stellt sich die SP - zum Teil sekundiert von den Studentenorganisationen - dagegen. Im Parlament wurden die beiden ersten Vorlagen sowohl im Nationalrat wie im Ständerat ohne Gegenstimmen gutgeheissen, bei den Ausbildungsbeiträgen lautete das Stimmenverhältnis 118 Ja zu 57 Nein (Nationalrat) bzw. 31 Ja zu 5 Nein im Ständerat.

Um was geht es nun beim Urnengang vom 10. März? Was soll geändert werden? Vorauszuschicken ist, dass die erwähnten drei Vorlagen nur deshalb Volk und Ständen zum Entscheid vorgelegt werden müssen, weil sie in der Bundesverfassung verankert sind. Und jede Änderung der Verfassung verlangt automatisch nach einem Urnengang.

Volksschulunterricht ist Sache der Kantone...

Die Bundesverfassung verpflichtet nicht nur die Kantone dazu, für einen genügenden Primarschulunterricht besorgt zu sein, sondern den Bund dazu, diese in ihren Bemühungen zu unterstützen. Letztere Bestimmung war bei ihrer Inkraftsetzung 1902 als Starthilfe gedacht. Sie ist nicht nur allein deshalb überholt, sondern auch weil der Bundesbeitrag bei Gesamtaufwendungen der Kantone und Gemeinden für den Primarschulunterricht von jähr-

Vier Ziele

Gemäss den Vorstellungen des Bundesrates geht es bei der Aufgabenverteilung nicht darum, Leistungen des Staates abzubauen. Die Landesregierung hat die Ziele der Reformen in vier Punkte zusammengefasst:

- Die Verantwortungen für Aufgaben klar entweder dem Bund oder den Kantonen zuzuordnen.
- Unnötige administrative und finanzielle Verflechtungen abbauen.
- Die Aufgaben wirtschaftlicher erfüllen.
- Den Bundesstaat leistungsfähiger machen.

Tabak. Mehr nicht.

Ursprünglich waren Cigarren echte Naturprodukte. Bei La Paz sind sie es noch heute. Alle.

Auch die oft kopierten, doch nie erreichten, authentischen Wilden. Denn nicht jede «Wilde» ist eine Wilde von La Paz. Das Büschel am Brandende sollte nicht lediglich eine modische Verzierung sein, denn Kenner wissen, dass sich dadurch das volle Aroma schon beim Anzünden entfaltet.

Doch wesentlicher ist und bleibt die Kunst der sorgfältig ausbalancierten Mélange aus über 20 Tabaksorten. Umwickelt mit einem ausgewogenen Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt, das sich nicht unter einem Pudermantel zu verbergen braucht. Das ist die Sprache der Natur.

Für Cigarrenraucher, die wissen, was schmeckt.



10 Stück / Fr. 7.-



Cigarros Autenticos.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Ein Jahr «schampar unbequem»

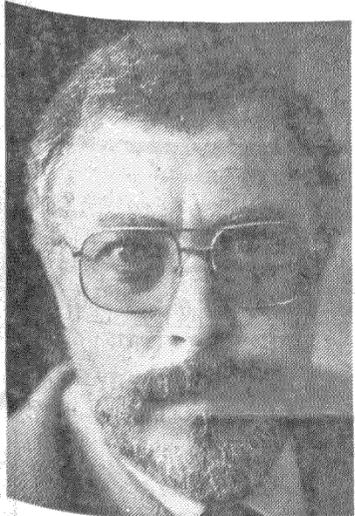
«Es hat sich nicht viel geändert»

Vor gut einem Jahr kündigte SP-Präsident Nationalrat Helmut Hubacher den übrigen Bundesratsparteien eine «schampar unbequeme» Politik der SP an. Das war am ausserordentlichen Parteitag vom 17./18. Februar 1984, der nach der Nichtwahl von Nationalrätin Lilian Uchtenhagen in die Landesregierung einberufen wurde. Was hat nun die «schampar unbequeme» Politik der SP in der helvetischen Politlandschaft bewegt? Diese Frage hat «Der Freisinn» fünf Bundeshausjournalisten gestellt und sie gebeten, die Veränderung oder Nichtveränderung kurz zu kommentieren. Fazit dieser Ausführungen: Es hat sich nicht viel geändert.

Es nehmen Stellung: Dr. Beatrice Steinmann, Bundeshausredaktorin der «Appenzeller Zeitung», der «Schaffhauser Nachrichten» und des «Thurgauer Tagblattes»; Peter Amstutz, der über das Geschehen in Bern für die «Basler Zeitung» berichtet; Dr. Hans Rudolf Böckli, der für verschiedene

Presseerzeugnisse – darunter «Finanz und Wirtschaft» – schreibt; Dr. Paul Ehinger, Inlandchef der «Schweizerischen Politischen Korrespondenz» (spk); sowie Woldemar Muischneek, der für die Bundeshausberichterstattung des «Badener Tagblattes» verantwortlich zeichnet.

Fragt sich nur für wen...



«Nach dem 7. Dezember 1983 fühlte sich die Partei fremdbestimmt.» So fasste der Basler Nationalrat Helmut Hubacher als Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) die landesweite sozialdemokratische Frustration nach der Nichtwahl Lilian Uchtenhagens zusammen. Mit einem beispiellosen Kraftakt hatten es damals die Uchtenhagen-Gegner bürgerlicher (und benachbarter) Fraktionen geschafft, der linken Regierungspartei ausgerechnet nicht die erste Frau, sondern jenen Mann in den Bundesrat zu wählen, mit dessen Person Parteipräsident Hubacher die Untergrenze des nicht mehr Zumutbaren markiert wissen wollte: Den Solothurner Otto Stich.

Das war in der Tat «schampar unbequem» für die SPS: Hubachers «Drohung», man werde darum ab sofort vergeltungshalber innenpolitisch «schampar unbequem» werden, erscheint damit nur logisch. Offensichtlich ist es aber in der politischen Praxis sehr viel einfacher, bei günstiger Gelegenheit die hehren Grundsätze von Konsens, Konzilianz, Kooperation und auch Kollegialität vorübergehend zum Zwecke der Wahrung höherer Interessen ausser Kraft zu setzen, als dauernd nach Kollisionskriterien zu arbeiten in Bern. Was hat sich denn geändert seit der SP-Präsidialwarnung an die Adresse von FDP, CVP und SVP?

Insgesamt doch recht wenig. Zugegeben: Die sozialdemokratische Fraktion hat das Zeitfresser-Instrument des Namensaufrufs «entdeckt». Bei allen möglichen und fast mehr noch unmöglichen Gelegenheiten haben die Damen und Herren Volksvertreter gleicher Couleur in einem geradezu lächerlich wirkenden Prozedere ihre Ja- und Nein-Beschlüsse nach vorne zu rufen. Das ist nicht «unbequem» im versprochenen Sinne, das ist eigentlich nur lästige

nungslosen Minderheitspositionen heraus selbst in Kommissionsberatungen längst als unbrauchbar abgehackte Ideen eigener Provenienz oder anderer Solisten im Ratsplenum erneut zu Anträgen machen und damit natürlich dauernd Schiffbruch erleiden. Das ist nicht nur schampar sinnlos. Das nützt Figuren ab, wirkt auf Dauer lächerlich und lähmt die parlamentarische Arbeit; weit wichtigere Ratsgeschäfte bleiben so auf der Strecke oder müssen in Nachtsitzungen unter ihrem politischen Wert durchgepaukt werden.

Wer die ohnehin überlasteten eidgenössischen Räte behindert, handelt also keineswegs «schampar unbequem», sondern schadet sich selber und damit jenen Wählern, die nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten wären. Hier hat die SP-Fraktion offenbar noch nicht ganz erfasst, was unter der Aufforderung zu «schampar unbequemer» Politik auch alles an konstruktiver Aktivität verborgen liegt. Soll etwas Brauchbares daraus werden, dann kann die Ankündigung unbequemen Verhaltens im politischen Alltag eigentlich nur bedeuten: Wir wollen uns härter messen – und gemessen werden. Das kann nach einem Vierteljahrhundert einzigartiger Konsens- und Zauberformelpolitik wahrhaftig der Sache nicht schaden, um die es da geht, nämlich dem Gemeinwohl aller Schweizer. Richtig zurechtshimmeln lassen sich die Eisen erfahrungsgemäss ja nur, wenn sie auch schön heiss sind. Also ran an den Blasbalg, die Esse soll glühen... Dort zu arbeiten ist allerdings auch «schampar unbequem». Man kann sich dabei nämlich ganz schön die Finger verbrennen, und man muss aus nächster Nähe miterleben, wie sich hin und wieder etwas in Rauch und Asche auflöst. Aber die Partei und deren Vorsitzender wollen's offenbar hitziger, um sich nach der Uchtenhagen-Schmach publikum- und wählerwirksam abkühlen zu können – also wird die Fraktion auf die Dauer kaum so tun können, als sei der Auftrag mit ein paar Namensaufruf-Übungen hinlänglich erfüllt.

Peter Amstutz

– weil's elektronisch sehr viel besser und effizienter ginge. Es fällt auch schwer, in der Fülle der parlamentarischen Vorstösse sozialdemokratischer Herkunft besonders «unbequeme» Anliegen zu finden; manche wirken da schon eher unverbindlich oder gar unbedarft und entsprechen somit landesüblichem Qualitätsdurchschnitt. Auch die Hartnäckigkeit des Nachfragens bei der Leopard-2-Kampfpfanz-Beschaffung zum Beispiel war weder eine sozialdemokratische Besonderheit noch gar ein Ausdruck von Unbequemlichkeit (für alle andern). Das war doch nichts anderes als die Wahrnehmung parlamentarischer Verantwortlichkeit. «Schampar unbequem» wirkt höchstens gelegentliches Filibustertum, in das sich vereinzelt SP-Politiker flüchten, um den Anschein zu erwecken, sie lebten der Präsidentenparole besonders eifrig nach. Das sind jene Volksvertreter, die aus hoff-

«Gesichtswahrender Ausweg»



Sprüche dieser Art dürfen auf dem politischen Parkett meistens nicht zu ihrem Nennwert genommen werden. Sie werden oft bloss aus einer bestimmten Situation heraus geprägt und widerspiegeln mehr eine momentane Stimmungslage als einen festen, konkreten Entschluss. Hubachers «Drohung» muss im Zusammenhang mit seiner peinlichen Niederlage in den Bundesratswahlen vom Dezember 1983 und mit seinem (ebenfalls missglückten) Versuch, die SP aus der Regierungsverantwortung herauszulösen und in eine radikale Oppositionsstellung hineinzumanteln, so gesehen werden, dass er sich als desavouierter Parteiführer einen wenigstens verbalen, gesichtswahrenden Ausweg verschaffen wollte.

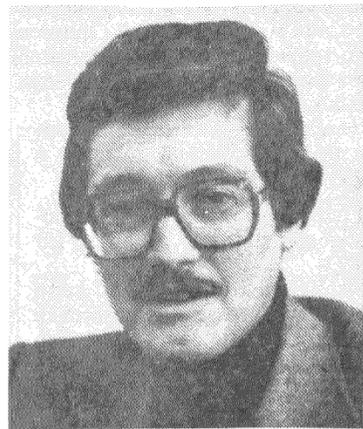
Eine Politik akzentuierter Opposition im Rahmen der Hubacher von der Parteibasis aufgezwungenen Fortsetzung der Re-

Parteitag, wo seine gekonnte Taktik des Lavierens zwischen den sich entfremdenden Parteiflügeln (und nicht ein Mehr an Opposition) durch seine Bestätigung als Parteipräsident honoriert worden ist, im Interesse seiner Stellung in der Partei de facto den Radikalismus eher zügeln als diesen fördern wollen. Das erste Gebot heisst nunmehr, die Parteieinheit zu stärken und das Erreichte zu konsolidieren, was freilich nicht gelegentliche polemische Tiraden und ideologisch motivierte Attacken gegen die als willkommenes Feindbild hingestellten Bürgerlichen ausschliesst.

Sobald aber der Papiertiger sich in einen wirklichen Tiger zu verwandeln anschickt, sind der SP weitere peinliche Fahrten in die Sackgasse gewiss, und innerhalb der Partei müssten die latenten Sprengkräfte noch bedrohlicher aktiviert werden. Hubacher mag mit kontraproduktiven Spontanhandlungen etwa vorprellen; aber er ist als Homo politicus zu schlau, unversehens die Lunte an die Zündschnur zu setzen und eine Partei, welche geeint immerhin einen bedeutsamen Machtfaktor darstellt, in sich gegenseitig befehlende Splittergruppen explodieren zu lassen.

Hans Rudolf Böckli

Ein misslungener Versuch auf dem Weg des Niedergangs?



Bald ist es ein Jahr her, dass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) an ihrem aufsehenerregenden Parteitag vom 17./18. Februar eine «schampar unbequeme Politik» angekündigt hatte. Nun, die politischen Gegner und Bundesratspartner nahmen es schon damals gelassen. Und

nach einem Jahr kann festgehalten werden: Die Drohung hat sich als Papiertiger entpuppt. Zwar hat sie wegen der Abstimmungen unter Namensaufruf im Nationalrat zu weiteren Verzögerungen in diesem Rat geführt, aber auch das haben die Bürgerlichen gut überstanden. Kurzum: Die «schampar unbequeme» Politik der SP hat sich als erstaunlich harmlos herausgestellt. Und wenn sich die SP unbequem aufführen wollte, dann hat das allenfalls zu einer härteren und grundsätzlicheren Haltung ihrer Gegner geführt. Damit hat die SP höchstens einen Beitrag zu einer stärkeren Polarisierung im politischen System geleistet, was eine Komplizierung des Entscheidungsprozesses mit sich bringt, aber sonst wenig bis nichts.

Die «schampar unbequeme» Strategie der SP nach der Nichtwahl von Nationalrätin Liliane

Fortsetzung auf Seite 7

Rwanda

FDP-Sonderreise in ein Drittweltland

Wiederholung der erfolgreichen FDP-Reise von 1984
Reisetermin: 23.–31. März 1985

Das Ziel dieser Reise ist wiederum der Besuch von verschiedenen Entwicklungsprojekten unter kundiger lokaler Führung. Aber auch das Touristische wird nicht zu kurz kommen: eine orientierende Rundfahrt in Kigali, ein Ausflug in den benachbarten Akagera-Nationalpark mit Pirschfahrten, Besuch einer Tee- und Kaffeepflanzung sowie eine abenteuerliche Gorillasafari am Kiwusee. Kurz gesagt, eine exklusive Informationsreise abseits des üblichen Touristenstroms.

Mit zwei Dritteln der Fläche der Schweiz und gleich vielen Einwohnern ist Rwanda das drittkleinste Land Afrikas. Es weist jedoch die höchste Bevölkerungsdichte in Afrika auf. Bei gleichbleibendem Bevölkerungswachstum wird sich die Zahl der Einwohner in zwanzig Jahren verdoppelt haben.

Ursprünglich zur deutschen Kolonie Rwanda-Urundi gehörend, dann im Rahmen eines Völkerbunds- beziehungsweise UNO-Mandats von Belgien verwaltet, erlangte Rwanda 1962 die politische Unabhängigkeit.

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 200 US-Dollar wird Rwanda zu den ärmsten Entwicklungsländern gezählt.

95 Prozent der Bevölkerung leben ausschliesslich von der Landwirtschaft, die geprägt ist von der

traditionellen Subsistenzwirtschaft und den industriellen Exportkulturen. Rund drei Viertel des landwirtschaftlichen Bodens werden für den Anbau der Grundnahrungsmittel Bohnen, Maniok und Bananen verwendet, der Rest für die Exportkultur Kaffee (teilweise Tee oder Reis). Die einfachen Anbaumethoden (Hackbau) und eine erosionsbedingte Bodenverschlechterung sind Ursachen für eine geringe Flächenproduktivität. Kaffee ist das Hauptexportprodukt und erbringt rund drei Viertel der Exporteinnahmen (daneben Tee, Pyrethrum, Kassiterit und Wolfram). Eine geringe industrielle Infrastruktur (Verarbeitung von Agrarprodukten) beschränkt sich auf die Umgebung der Hauptstadt Kigali (150 000 Einwohner). – Einzig zugelassene Partei ist das MRND (Mouvement révolutionnaire national pour le développement).

Richtpreis: Fr. 4900.– für ein «Alles-inbegriffen-Programm» inkl. kompetenter deutschsprachiger Reiseleitung, sämtliche Besuche, Rundfahrten und Unterkunft mit Vollpension.

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Erfahren Sie mehr über diese aussergewöhnliche Reise, und verlangen Sie mit untenstehendem Talon das detaillierte Reiseprogramm.

Informationstalon

Senden Sie mir bitte unentgeltlich das Detailprogramm für die FDP-Informationsreise nach Rwanda.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Einzusenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Fortsetzung von Seite 1

Zugung mit den Anliegen und Problemen der jungen Generation.

Jahr der Jugend – eine Chance

«Wir brauchen kein Jahr der Jugend und keine Jugendpolitik. Denn eine spezielle Jugendpolitik gibt es ja nicht; alle Fragen betreffen auch und ganz besonders die Jungen.» Solche oft geäußerten Bemerkungen stimmen mich skeptisch. Denn die Erfahrung zeigt, dass auf einer solchen Basis oft gar nichts geschieht, während bei einer separaten Betrachtung jugendpolitischer Themen doch wenigstens gelegentlich im konkreten Einzelfall positive Lösungen realisiert werden können.

In diesem Sinn ist das «Internationale Jahr der Jugend 1985» eine Möglichkeit, wieder vermehrt – gerade auch über die Medien – Massnahmen zugunsten und mit der jungen Generation zu

verwirklichen. Zahlreiche Jugendorganisationen, aber auch die Stiftung Pro Juventute haben eine Reihe konkreter Projekte ausgearbeitet, die 1985 in die Tat umgesetzt werden sollen. Es ist zu hoffen, dass die Unternehmen in der ganzen Schweiz, welche in diesen Wochen um finanzielle Unterstützung für diese Arbeit nachgesucht werden, sich von der grosszügigen Seite zeigen.

Aktiver FDP-Jugendausschuss

Der Ausschuss für Jugendfragen der FDP Schweiz will auch in Zukunft das «jugendpolitische Gewissen» der Partei sein. Es ist im übrigen auch die Absicht des Ausschusses, weiterhin eng mit der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) zusammenzuarbeiten, um so in allen FDP-Gremien ein (ge)wichtiges Wort zugunsten der Anliegen der Jugend mitreden zu können.

Aktion: FDP-Sportjacke günstiger

Von den beliebten FDP-Sportjacken haben wir noch einen Restposten. Wir geben sie deshalb vergünstigt ab: statt wie bis anhin für Fr. 120.– für Fr. 50.–!

Die FDP-Sportjacke gibt warm, hat abnehmbare Ärmel und kann darum auch als Gilet getragen werden. Zwei grosse Aussentaschen und eine Innentasche machen sie praktisch. Die Jacke lässt sich problemlos in der Waschmaschine waschen. Sie ist in den Grössen S (klein), M (mittel), L (gross) und XL (extragross) erhältlich und sieht sowohl bei Frauen und Männern wie Kindern gut aus!

Mit der FDP-Sportjacke sind Sie auch in diesen kalten Tagen wohlbehütet.



Ich bestelle . . . Sportjacke, Grössen S- M - L - XL (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 50.– (plus Porto und Verpackung).

Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____

Talon einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

TENNISHALLEN

Hotel PARK Arosa Aussenplatz: Succo-Matte Std. Fr. 12.–. Tennishalle: Teppich Std. Fr. 20.– bis 35.–. Im Sommer: Intensiv Tenniskurs für Fortgeschrittene bis Anfänger. Hallenbad. Reservation: 081/31 01 65.	Dierikon Tenniscenter Dierikon, Tennisclub Migros, Kantonsstrasse, 6036 Dierikon. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 041/91 28 98.	Langenthal Tenniscenter Dreilinden, 4900 Langenthal. Anzahl Plätze gedeckt: 5. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.– bis Fr. 31.–. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 400.– bis Fr. 840.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 063/22 22 29.	Rümikon Tenniscenter Groval AG, 8352 Rümikon. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Reservation: 052/36 12 47.
Basel Sporthalle St. Jakob, Brüelingerstr. 21, 4000 Basel. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Kunststoff. Reservation: 061/42 88 96.	Engelberg Sportcenter Erlen, Engelbergerstr. 11, 9390 Engelberg. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Belag: textile Basismatte mit Gleitmischung. Preis pro Einzelstunde: Fr. 26.– bis Fr. 29.– mit Gästekarte. Video, 10er Abo (8x), Ski + Tennis. Reservation: 041/94 34 94.	Münsingen Hallentennisclub AG, Sandreutenen 1, 3110 Münsingen. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.– bis Fr. 28.–. Saisonabonnement: 28 Std. von Fr. 504.– bis Fr. 728.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 031/92 41 92.	Zürich Grasshopper-Halle, August-Forel-Strasse, 8008 Zürich. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Nur für Mitglieder des TC Grasshopper.
Bern Hallen-TC, Guisanplatz, 3004 Bern. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Reservation: 031/41 42 11.	Küblis Tennis-Center, 7240 Küblis. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Belag: Teppich. 5 Aussensandplätze. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.– bis Fr. 30.–. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 650.– bis Fr. 690.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 981/54 30 30.	Oberengstringen Tenniscenter-Trüff, Neugutstr. 3, 8102 Oberengstringen. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Velours. Reservation: 01/750 40 50.	Zürich TC Schweiz, Bankgesellschaft, Oberer Heuelsteig, 8032 Zürich. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation (beschränkt möglich): 01/234 35 25.
Chur TC Chur, 7000 Chur. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Belag: Teppich. Reservation: 081/24 21 31.	Nidau Tennishalle Zihl AG, Zihlstrasse 74, 2560 Nidau. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 032/23 69 39.	Dietikon Tenniscenter Lerzen, Lerzenstr. 27, 8953 Dietikon. Anzahl Plätze gedeckt: 5. Belag: Velours. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.– bis Fr. 35.–. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 600.– bis Fr. 950.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 01/740 11 66.	

wo wir

finden Sie schöne Eigentumswohnungen, Ferienhäuser, Mehrfamilienhäuser
 verkaufen im Auftrag Eigentumswohnungen, schöne Ferienhäuser, Mehrfamilienhäuser . . .
 Rufen Sie uns an
 Cony AG
 Postfach 8033 Zürich
 Telefon (01) 363 55 77

Werner F. Nauer
 Beratungen

-Rekrutierung/Selektion leistungswillige Nachwuchskräfte, Kader, Verkaufsteile

-Eignungsuntersuchungen

Rüdenplatz 4 8001 Zürich Tel. 471515

Wir drei Damen
 helfen Ihnen, den richtigen Partner zu finden.

Introduction
 die Partnerwahl für Anspruchsvolle seit 1956.

Frau M. Th. Kläy
 Neueneggasse 45, 3001 Bern
 Telefon 031/22 21 12

Verlangen Sie die Unterlagen. Sie werden weder angerufen noch von einem Vertreter besucht.
 Überregional/International
 (Staatlich eingetragen)

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
 Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

GOURMET-RESTAURANT HOTEL ALBANA
 CH-7513 SILVAPLANA

St. Moritz, 5 km Tel. (082) 4 92 92

Das modernste Hotel, in dem Sie sich zu Hause fühlen, mit allem Komfort, Bad, Dusche, TV, Radio, Telefon, Tresor.

ERHOLEN SIE SICH VOM STRESS

Geniessen Sie die gemütliche Atmosphäre in unseren rustikalen Räumen

Das Beste aus Küche und Keller
 Degustations- und Gourmetmenu
 Regionale und diverse Spezialitäten
 Fröhliche Unterhaltung in der Grill-Pianobar

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
 Jos. Mettler, Küchenchef Jo. Koerper

EINFAMILIENHAUS

zum garantierten Festpreis von
Fr. 230 000.–

Verlangen Sie gratis Farb-Katalog

Absender: _____

MASSIVNORMBAU
 Andres AG
 Türmliausstrasse 24
 4503 Solothurn
 Telefon 065 22 29 22

Wir besorgen alle Arbeiten, die für Sie als Bauherr anfallen - als Ihr Geschäftsführer auf Zeit.

Spaltenstein
 LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
 SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
 TEL. 01 3161310, TELEX 822621 (SBM)

Inserieren bringt Erfolg!

KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

BAUER KABA

Bauer Kaba AG
 Sicherheits-Schliesssysteme
 Postfach
 CH-8620 Wetzikon I
 Telefon: 01/931 61 11
 Telex 875481
 Telefax: 01/931 63 85

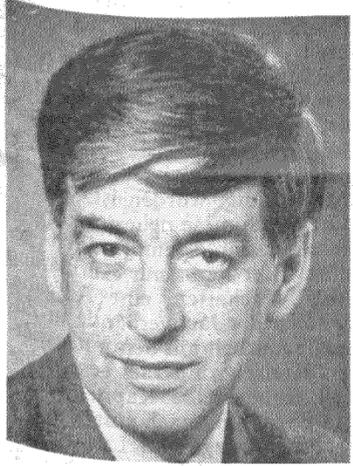
Fortsetzung von Seite 5

Uchtenhagen hat sich folglich als falsch erwiesen. Statt wieder auf den Weg des Erfolges zurückzukehren, eilte die Partei seither von Niederlage zu Niederlage. Bei der Dienstverweigerer-, bei der Banken- oder bei der Mutterschaftsinitiative erlitt sie mit ihren Parolen richtige Debakel. Landauf und landab büsste sie in kantonalen oder kommunalen Wahlen Mandate und Wählerprozente ein. Und selbst die eigenen Finanzen sind völlig durcheinandergeraten. Man kann sich geradezu die Frage stellen, ob die schweizerische Sozialdemokratie am Ende angelangt ist.

In der Tat: Die SP, entstanden aus einer gesellschaftlichen Problemsituation, in der die unteren Schichten objektiv benachteiligt waren, setzte sich stets für die materiellen Belange ihrer Basis ein. Doch in einer postindustriellen Gesellschaft mit hohem materiellem Standard, in der nicht nur nicht gehungert werden muss, sondern in der für den Grossteil der Bevölkerung Überfluss herrscht, sind materielle Forderungen sekundär geworden. Das spürt auch die SP, weshalb sie in Verbindung mit sozialistischem Ballast krampfhaft nach neuen programmatischen Inhalten und Zielsetzungen sucht.

Aus bürgerlicher Sicht könnte man sich über den Niedergang der SP freuen. Aber ist eine solche Freude berechtigt? Diese Frage zu bejahen wäre gefährlich. Denn

SP weiterhin mit sich selbst beschäftigt



«Schampar unbequem» wird's auf der politischen Ebene für eine Gruppierung, wenn der politische Gegner die überzeugenderen Antworten auf drängende Gegenwartsfragen bereithält, die besseren Konzepte für die Lösung der Zukunftsprobleme anzubieten hat, diese Politik auch durchzusetzen weiss und damit an Gefolgschaft im Volk gewinnt. Um eine solche «unbequeme» Politik praktizieren zu können, ist freilich eine kämpferische Geschlossenheit vonnöten, die nicht allzu viele Sondertouren in den eigenen Reihen und vor allem nicht ein andauerndes Mit-sich-selbst-Beschäftigen zulässt.

Hat nun Helmut Hubacher seine grosssprecherische, in der Stunde seiner grössten parteiinternen Niederlage ausgesprochene Ankündigung einer für den politischen Gegner «schampar unbequemen» Politik der SPS seither wahr machen können? Hat er und seine trotz dem eindeutigen Verdikt des Februar-Parteitags auf ihren Sesseln klebengebliebene Geschäftsliebesmehrheit Entsprechendes zu bieten vermocht?

Die Antwort, die heute zu geben ist, lautet vernichtend für Hubacher und seine Getreuen. Die SPS bot unter seiner Ägide im vergangenen Jahr nichts, aber auch gar nichts, was im eingangs erwähnten Sinne unbequem für den politischen Gegner hätte sein können. Die Stichelei mit den vermehrten Abstimmungen unter Namensaufruf im Nationalrat kann ja für jeden Politiker, der eine eigene Meinung hat und zu ihr steht, nicht unbequem sein;

meines Erachtens braucht die Schweiz eine SP, allerdings eine, welche die politischen Realitäten vermehrt berücksichtigt. Mit einer praxisbezogenen Politik, die sich weniger aus marxistischen Spekulationen nährt, könnte allenfalls verlorenes Terrain wiedergewonnen werden. Dies wäre für das politische System vorteilhafter als eine schwache SP, deren unzufriedenen Elemente die kommunistisch-anarchistischen oder xenophoben Gruppierungen stärken bzw. deren gemässigte Elemente sich in die politische Abstinenz flüchten. Eine solche Aufspaltung hätte nicht nur ein weiteres Absinken der Partizipationswerte zur Folge, sondern vor allem, und das wäre fatal für die Stabilität in unserem Land, eine noch stärkere Polarisierung und damit mehr Konflikt.

Es gibt eine grosse Zahl von Konflikttheoretikern, zumal unter der SP-Intelligenzia, denen nichts willkommener wäre als eine solche Entwicklung. Für das ausdifferenzierte System der Schweiz, das vor allem auf dem Prinzip des *amicabilis compositio* beruht, wäre sie indessen verhängnisvoll. Es ist deshalb zu hoffen, dass die SP von ihrer «schampar unbequemen» Politik abkommt und wieder eine realistische und verantwortungsvolle Politik betreibt. Was die spanischen oder französischen Genossen können, sollte doch auch in der Schweiz möglich sein! *Paul Ehinger*

und der «Gag» mit der Waldsterben-Sondersession ist letztlich zu einer Umstellung der laufenden Traktandenliste der eidgenössischen Räte verkümmert... An eigentlich unbequemer Politik ist jedoch wirklich nichts auszumachen. Im Gegenteil: Die überdeutlichen SP-Abstimmungsniedlagen bei der Banken- und der Mutterschutzinitiative zum Beispiel waren sehr bequem für den politischen Gegner, ebenso die schlechten SP-Wahlergebnisse in einzelnen Kantonen und Städten; und neue zündende Ideen brachte die SPS in keinem Bereich auf

«Gäng sövel...»

Nach der Nichtwahl der SP-Bundesratskandidatin Lilian Uchtenhagen verkündete die Parteileitung der SP verärgert, ihre Fraktion in der Bundesversammlung werde inskünftig «schampar» unbequem sein. Da der Parlamentsbetrieb ohnehin nicht sehr bequem ist und die Austragung von Meinungsverschiedenheiten zur normalen Aufgabe eines Parlaments gehört, konnte man sich praktisch wenig unter dieser Drohung vorstellen, die irgendwie doch als Verschärfung der bisherigen Politik gemeint war.

In der Zwischenzeit ist man über die konkrete Bedeutung dieser Drohung nicht klüger geworden. Denn geändert hat sich eigentlich herzlich wenig. SP-Angehörige haben vielleicht etwas häufiger das Wort verlangt, aber es herrscht ohnehin eine Inflation an Wortmeldungen. Als «unbequem» wurde vielleicht die gehäufte Forderung nach Namensaufrufen durch die SP gewertet – aber eine solche verlängert die Sitzungsdauer durchschnittlich um elf bis zwölf Minuten, und das sollte bei den sowieso zu langen und häufigen Sitzungen verkraftbar sein. Überdies haben sich diese Namensaufrufe vor allem für die SP selbst als unbequem erwiesen. Denn nun zeigte sich drastisch, dass die SP-Fraktion bei weitem kein monolithischer Block ist. Bei allgemeinen Abstimmungen geht das eher unter. Sogar bei sehr wichtigen Abstimmungen zeigte es sich, dass ältere Ratsmitglieder und Gewerkschafter ganz anders stimmen, als das die Parteileitung oder die jüngeren Heiss-

den Tisch, sprang dafür als Trittbrettfahrer auf Poch- und Landesring-Initiativen-Züglein auf. Dagegen hat sich die SPS wie keine andere Partei andauernd fleissig mit sich selbst zu beschäftigen und eine interne Finanzmisere zu konstatieren gehabt, die der Spitze einer Partei, welche in Staat und Gesellschaft für besonders saubere, korrekte und gerechte Verhältnisse zu kämpfen vorgibt, ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellt. Auch auf eine – für den politischen Gegner unbequeme – Heranbildung einer kämpferischen Geschlossenheit will man offenbar inskünftig verzichten. Im parteiinternen Mitteilungsblatt vom Dezember 1984 jedenfalls wird die am St. Galler Parteitag beschlossene Statutenrevision vom SPS-Zentralsekretariat dahingehend interpretiert, «dass die Partei als einheitlicher Block nicht mehr existiert; die Partei ist danach vielmehr ein Forum, in dem sich verschiedene Meinungs- und Interessengruppen zusammenfinden». – Mit einem «Forum» alias Marktplatz lässt sich allerdings eine «schampar unbequeme» Politik nicht machen... Und so bleibt denn als praktisch einziger wirklicher Pluspunkt für die SPS, dass sie seit gut einem Jahr in Bundesrat Otto Stich einen kompetenten und tüchtigen, für die andern Bundesratsparteien oft nicht sehr bequemen Vorsteher des Finanzdepartements stellt. Und diesen einzigen Pluspunkt verdankt die SPS bekanntlich ganz und gar nicht ihrer Parteispitze, sondern ausgerechnet der bürgerlichen Mehrheit in den eidgenössischen Räten!

Nur: Die bürgerlichen Parteien und insbesondere die Freisinnigen sollten wegen des Hubacherschen Unvermögens, eine «schampar unbequeme» Politik zu treiben, nicht allzusehr frohlocken. Allzuoft machten sie es mit einem schwächlichen Verhalten beziehungsweise mit einer «auseinanderstrebenden» Politik des Sozialdemokraten viel zu bequem – aber das gäbe ein besonderes Kapitel, das selbstkritisch eigentlich auch geschrieben werden müsste!

Woldemar Muischneek

sporne vielleicht wünschen. Am augenfälligsten trat diese Diskrepanz beim Panzergeschäft in Erscheinung. Gewerkschafter und Vertreter von Regionen, die Rüstungsbetriebe beherbergen, dachten in erster Linie an die Arbeitsplatzsicherung und nicht an Ideologien. Sie stimmten zu.

Die Namensaufrufe haben also nicht nur einen kleinen Zeitverlust gebracht, sondern auch wichtige Einsichten in die Struktur der Partei und in die gegenwärtigen Schwierigkeiten, den auseinanderstrebenden Haufen zusammenzuhalten.

Den einzigen unbequemen Effekt hatte vielleicht die sonntägliche Lektüre unserer Verfassung durch Helmut Hubacher. Er entdeckte dabei die Möglichkeit, eine Sondersession einzuberufen. Daran hatte nun wirklich niemand Freude, und man empfand diese zusätzliche Arbeitsbelastung wirklich als schandbar unbequem. Denn niemand vermag so recht daran zu glauben, dass durch die zu erwartenden Redeschlachten der sterbende Wald, wo er wirklich stirbt und nicht nur angekränkt ist, gerettet werde. Wünschenswert wäre es zwar.

Einziger Profiteur dieser Woche mag die bekanntlich sehr notleidende SP-Parteikasse sein. Denn die Räte erhalten immerhin einen zusätzlichen Verdienst von rund einer Woche, was insgesamt etwas mehr als tausend Franken entspricht. Und davon muss ein Prozentsatz an die Parteikassen abgeliefert werden. Gäng sövel... sagte das Mäuslein.

Beatrice Steinmann

Berufsparlament naht auf leisen Sohlen



Die Wintersession hat die eidgenössischen Räte einen Schritt näher zu dem gebracht, was alle als das letzte Übel betrachten: das Berufsparlament. Nach Programm hätte der Nationalrat am Mittwoch der zweiten Sessionswoche die Eintretensdebatte über den Panzer Leopard aufnehmen müssen. Doch am Schluss der zweiten Woche war die Mammutdebatte über den Bundesbeschluss betreffend die Treibstoffzölle noch immer nicht zu Ende.

Mit 23 Minderheitsanträgen war die Kommission vor den Rat getreten; 37 Einzelanträge kamen aus dem Plenum hinzu. Insgesamt 60 Abänderungsanträge mussten also begründet, diskutiert und zur Abstimmung gebracht werden, die meisten ohne Erfolgchancen. Das Plenum wurde zur Wiederholung einer Kommissionsitzung missbraucht. Resultat: Die Debatte wird im kommenden März fortgesetzt werden. Der Wald wartet.

Ähnliches Bild bei Panzer Leo: 57 Redner sprachen zum Eintreten. Kein einziges Mitglied des Nationalrates dürfte deswegen seine Meinung geändert haben. Das Ergebnis der Vielrederei zum Fenster hinaus ist eine immer länger werdende Liste von verhandlungsreifen Geschäften, die immer neu verschoben werden müssen, zum Teil bis zu einem Jahr. Um so

besser, wenn das Parlament keine Paragraphen produziert, könnte man sagen. Aber zwischen Vorlagen, auf die man gerne verzichtet, liegen auch dringende Geschäfte.

In der Herbstsession hat eine Mehrheit des Nationalrates beschlossen, künftig die Sitzungsdauer zu verlängern und zusätzliche Nachmittags- und Nachtsitzungen einzuschleppen. Auch die jährliche einwöchige Sondersession wird zur Regel. Und nun hat Berufspolitiker Helmut Hubacher an einem Sonntag die Glanzidee geboren, den Rat zu einer Notsession über das Waldsterben einzuberufen, zu einem weiteren stundenlangen Plenumspalaver ohne Resultat. Das alles erfolgt auf Kosten der Kommissionsarbeit, wo praktische Lösungen erarbeitet werden und wo auch der rhetorisch weniger begabte Parlamentarier seinen reichen Erfahrungsschatz aus dem beruflichen und persönlichen Bereich zur Entfaltung bringen kann. Auch das Problem des Panzers Leopard ist in den Kommissionen und nicht im Plenum gelöst worden.

Wenige Bürger wissen, dass der Parlamentarier am Ende der Sessionswoche eine zweite Wochenarbeit zu prestieren hat, nämlich in seinem Beruf. Für den echten Milizparlamentarier wird die Doppelaufgabe immer schwieriger. Und es bleibt immer weniger Zeit, um sich losgelöst von der Tageshektik über Grundsatz- und Zukunftsfragen unseres Staates Gedanken zu machen. Die schon heute stattliche Zahl von Berufspolitikern aus Gewerkschaften, Verbandssekretariaten und kommunalen und kantonalen Behörden wird daher weiter zunehmen, bis wir beim Berufsparlament angekommen sind, das niemand will. Der Bürger sollte einmal darüber nachdenken, denn wer sich da unter der Bundeskuppel so eifrig produziert, tut es häufig nur darum, um vor diesem gleichen Bürger besser zu glänzen.

*Hans Georg Lüchinger
FDP-Nationalrat
Wettswil a. A. (ZH)*

**Einladung zu einem SVFF-Ausbildungsseminar
Auf der Suche nach neuen Wegen
in der Führung von Frauengruppen**

Samstag, 23. März, 9.45–16.30 Uhr, Stapferhaus, Schloss Lenzburg

Wir wollen gemeinsam versuchen, wie wir die Strukturen der Frauengruppen unseren heutigen Bedürfnissen anpassen und die Frauengruppenarbeit attraktiver und wirksamer gestalten können.

- Aus dem Programm:**
- **Aufgaben und Ziele einer politischen Frauengruppe**
Kurzreferat von Regula Frei-Stolba, Aarau, Präsidentin SVFF
 - **Methoden der Gruppenführung: Theorie und Praxis**
Referat von Anita E. Gerster-Calonder, Betriebspsychologin, Zentralsekretärin Schweizerische Volkshochschulen, und Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin des Vereins der Freisinnigen Frauen der Stadt Zürich

- Themen der Gruppenarbeiten:**
- Die Frauengruppe als «Frauenlobby» in der FDP? Frauen-Solidarität über die Parteigrenzen hinaus?
 - Wie motivieren wir Frauen für die politische Arbeit, und wie bauen wir sie auf?
 - Wie gewinnen wir Mitglieder, und wie aktivieren wir sie?

Schriftliche Unterlagen werden zu Beginn des Seminars abgegeben. Das Kursgeld inkl. Unterlagen, Mittagessen und Erfrischungen beträgt Fr. 45.–.

Talon

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

wünscht Zustellung des Detailprogramms des Ausbildungsseminars
 meldet sich definitiv an
 (zutreffendes bitte unterstreichen)

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte senden an: Frau Erika Bigler, Eichenstrasse 14, 9303 Wittenbach

Ist der Konflikt unabwendbar?

Umwelt und Sport im Spannungsfeld

In den letzten Jahren häuften sich die Fälle, in denen Sportverbänden und ihren Mitgliedern durch Gruppierungen verschiedenster Art, unter Hinweis auf Umweltbelastungen, Schwierigkeiten bei der Ausübung ihrer Sportart gemacht wurden. Als bekanntes Beispiel möge das Verbot der Durchführung der Schweizer OL-Meisterschaften im Raum Grabs/Wildhaus gelten.

Die von Hugo Steinegger (Bern) präsierte Arbeitsgruppe Sport der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) hat es sich u. a. zur Aufgabe gemacht, sich mit dem aktuellen Thema «Umwelt und Sport im Spannungsfeld» auseinanderzusetzen. Die Arbeitsgruppe befürwortet in diesem Zusammenhang die Initiative des Schweizerischen Landesverbandes für Sport (SLS) – der

Sportdachorganisation unseres Landes –, welcher kürzlich eine Projektgruppe eingesetzt hat, um das erwähnte Thema zu analysieren und allfällige Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

«Der Freisinn» publiziert nachstehend zwei vor der Arbeitsgruppe Sport der FDP der Schweiz gehaltene Referate, die in die Problematik «Sport und Umwelt» einführen.

Probleme der Waldbenützung durch Sportler und Erholungssuchende

Von lic. rer. pol. Hans Christen, Boll (früherer Präsident des Schweizerischen Orientierungslauf-Verbandes)

In den letzten Jahren geisterten in unregelmässigen Intervallen Schlagzeilen wie «Waldbetreuungsverbote für Sportler» oder «Revierjagd auf Orientierungsläufer» und ähnliches durch die Presse. Was ist passiert? Wo liegt die Ursache für diese zum Teil heftig geführten Kontroversen zwischen einigen Revierjagdgruppen und Gemeinden einerseits sowie Sportlern und Erholungssuchenden andererseits?

Von 1900 bis 1980 hat sich die Einwohnerzahl unseres Landes verdoppelt, und das reale Volkseinkommen ist 3,3mal grösser geworden. Auf dem gleichen Raum erwirtschafteten wir dementsprechend mit zweimal so viel Leuten ein Volkseinkommen, das real fast siebenmal so hoch ist wie dasjenige zur Jahrhundertwende. Eine imposante Leistung! Die positive Folge davon ist ein weit überdurchschnittlicher Wohlstand, von dem wir praktisch alle profitieren können. Wie jede Medaille hat auch diese «goldene» eine Kehrseite.

Die enorm gesteigerten und immer noch steigenden Leistungserwartungen führen häufig bis an die Grenze des positiven Reaktionsvermögens des menschlichen Körpers. In steigendem Ausmass wird aber die Anpassungsfähigkeit des vegetativen Nervensystems überschritten, und die bekannten Stresskrankheiten sind die unerfreuliche Folge. Die Auswege, die der Mensch in seiner Bedrängnis sucht, sind vielfältig: Medikamente, Alkohol und Drogen als Scheinhilfe, die das Übel nur auf eine andere Ebene verschieben.

Neben diesen unerfreulichen Reaktionen verschaffen sich allerdings auch positive Strömungen Achtung. Dazu gehören einerseits das Umdenken in bezug auf den Sinn des Fortschrittes, andererseits aber auch konkrete und sofort wirksame Trainingsmassnahmen, die den Kreislauf und das vegetative Nervensystem stärken. Bewegungstraining, Sport im weitesten Sinne also. Es ist heute ganz klar erwiesen, dass Kreislauf, Herz, Muskulatur und auch das vegetative Nervensystem durch 3-4mal ½ Stunde Waldlauf pro Woche nachhaltig gestärkt werden und der Organismus danach auch bei starker Stressbelastung normale Reaktionen zeigt. Neben der positiven Wirkung auf die erwähnten Organe beeinflusst die Bewegung in einer natürlichen Umgebung aber nachgewiesenermassen auch die Psyche des Menschen ausserordentlich günstig. Glücklicherweise sind es viele, und es werden immer mehr, die dies erkennen und praktizieren. Die Jogger- und

Langläuferwelle ist nicht mehr aufzuhalten.

Probleme

Gerade hier beginnen nun aber die eingangs erwähnten Probleme. Der Drang zur Bewegung in der freien Natur führt mehr und mehr erholungssuchende Menschen in unsere Wälder, was fast notgedrungen zu einer Kollision mit den nicht immer parallel laufenden Interessen der übrigen Waldbenützer führen musste. Als erste haben sich einzelne Revierjagdgesellschaften bemerkbar gemacht, die sich in ihrer weidmännischen Tätigkeit behindert fühlen. Über Gemeinden als Waldbesitzerinnen und Bezügerinnen der zum Teil recht beachtlichen Revierpachtgebühren haben sie diejenigen «Waldbenützer» aufs Korn genommen, die organisiert sind und die dementsprechend überhaupt anvisiert werden können, die Orientierungsläufer. Wer aber schliesslich gemeint ist, zeigt der Entwurf des neuen Jagdgesetzes, der auch unabsichtliche Störungen des Jagdbetriebes als strafbar erklärt; das heisst mit anderen Worten, dass dieses Schicksal allen Vita-Parcours-Benützern, Joggern, Beerenpflückern, Pilzsammlern, Lehrern mit Schulklassen usw. droht, die sich in unseren Wäldern zur Erholung und zur Ausbildung aufhalten. Dies muss uns zu denken geben!

Orientierungsläufer als «Opfer»?

Die bis heute eingesetzten Mittel sind vor allem Waldbetreuungsverbote. Verbote, obschon sich weder in der 50jährigen Geschichte des schweizerischen Orientierungslaufes noch anlässlich der vielen Laufbeobachtungen durch Naturschützer, Jäger und Förster auch nur Spuren von stichhaltigen Gründen für ein derartiges Vorgehen ergeben hätten. Dies war auch nicht anders zu erwarten, denn die Orientierungsläufer sind naturverbundene Sportler, die wissen, wie sie sich in «ihrem Stadion», dem Walde, zu verhalten haben. Die von ihnen selbst erstellten Spezialkarten informieren den Läufer über Dikichte, Aufforstungen, umzäunte Parzellen und besondere Schutzgebiete. Bei grösseren Wettkämpfen werden auf den Karten Ruhezonen für das Wild ausgeschieden, die von keinem Läufer betreten werden dürfen. Und mit einer wildgerechten Bahnlegung wird die Störung auf ein Minimum reduziert. Gerade durch seinen Aufenthalt in der natürlichen Umgebung lernt der Orientierungssportler die Tier- und Pflanzenge-

meinschaften unserer Wälder kennen, und sein Verständnis für sie wird auf natürliche Weise entwickelt und gefördert.

Wem bringt der Orientierungslaufsport konkret Nutzen? In erster Linie unseren Jugendlichen. Sie finden in diesem Sport eine wertvolle Betätigung, die eine positive Persönlichkeitsentwicklung unterstützt. Unseren Schulen: weil sich in diesem Sport die Schulung von Körper und Geist ideal mit dem Naturkundeunterricht verbinden lässt. Der Familie: Orientierungslauf ist ein spielerisches Freizeitvergnügen für alle. Unserer Wirtschaft: Sportler sind leistungsfähiger, stressresistenter und weniger krankheitsanfällig. Den Finanzen unserer Gemeinwesen: Der Wald und die Alpweiden sind das Sportstadion der Orientierungsläufer. Sie fordern keine teuren Sportanlagen. Den Vereinen: Der Orientierungslauf ist ein idealer Ausgleichssport. Und nicht zuletzt unserer Armee: Der Orientierungsläufer lernt sich in unserem Gelände zu bewegen und zählt seit Jahrzehnten zu den Triebkräften und Förderern des Armeesportes.

Es geht nicht um Privilegien

Die OL-Sportler verlangen keine besonderen Privilegien. Sie sind aber all jenen Politikern und Be-

Freizeit und Sport im Walde: Konflikt mit jagdlichen Interessen

von Peter Lüthi, Burgdorf

(Präsident des Kantonalbernischen Jagd- und Wildschutzverbandes)

Konflikte zwischen Sportlern und Jägern im Zusammenhang mit der Durchführung sportlicher Veranstaltungen in den Wäldern haben in der letzten Zeit viel von sich reden gemacht. Als Jäger möchte ich darlegen, wie solche Konflikte vermieden werden können.

Wir Jäger beanspruchen keineswegs das alleinige Recht, sich in der freien Wildbahn – im Wald – betätigen zu dürfen. Wir anerkennen die den Wäldern zukommende Erholungsfunktion, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Im Rahmen des gesamten jagdlichen Tuns hat in den letzten Jahrzehnten die Hege zusehends an Bedeutung gewonnen. Selbst die Jagd im ursprünglichsten Sinne, das Erlegen von Wild, hat sich mehr und mehr hegerischen Gesichtspunkten unterzuordnen. Der Jäger fühlt sich deshalb als Sachwalter «seines» Wildes, das er hegt und pflegt und das er nutzt, soweit die Bestände eine Nutzung unbeschadet zulassen.

Hier beginnt der Konflikt zwischen dem Erholungssuchenden und dem Jäger. Der Jäger als Hege erscheint gewissermassen als «Wolf im Schafspelz». Sein Tun bleibt suspekt, weil es letztlich doch auf den Gewinn von Beute ausgerichtet ist. Seine Glaubwürdigkeit ist angeschlagen, und seine gutgemeinten Empfehlungen für ein wildfreundliches Verhalten werden als jägerische und nicht als hegerische Anliegen verstanden. Und doch sind die Anliegen der Jäger gleichermassen die Anliegen des Wildes. Sie können auf die kurze Formel gebracht werden:

Störung und Beunruhigung vermeiden

Besonders unsere Schalenwildarten bedürfen zu ihrem Wohlbefinden neben Äsung und Deckung in erster Linie der Ruhe. Ihr natürlicher Lebensrhythmus als Wiederkäuer verlangt wiederkehrende, längere Ruhepausen, die dem Wiederkäuen und damit der Verdauung dienen. Werden sie dabei dauernd gestört, sind schlechte Futterverwertung und mangelhafte Kondition die Folge. Während der Aufzuchtzeit wird die Pflege des Nachwuchses behindert, was wiederum zu bleibenden gesundheitlichen Schädigungen der Jungtiere führen kann.

hördemitgliedern dankbar, die sich die Mühe nehmen, ihr Tun sachlich und objektiv zu beurteilen und auch die Gesunderhaltung unserer Jugend in die Überlegungen einzubeziehen, falls sie in diesem Zusammenhang eine Entscheidung zu treffen haben. Dass es auch ohne Verbote geht, zeigen Beispiele wie der Kanton Bern, wo die Forstbehörden als Koordinationsinstanz wirken, was in den letzten Jahren zu einem reibungslosen Nebeneinander von Jagd und Sport geführt hat. Ganz abgesehen davon, dass Verbote einerseits rechtlich nicht haltbar und andererseits wohl das unzweckmässigste Mittel sind, um das Nebeneinander der verschiedenen Waldbenützer zu regeln. Gesprächsbereitschaft, Toleranz und das gute Beispiel sind für alle Beteiligten erfolgsversprechender und entsprechen bewährter schweizerischer Tradition.

Wenn auf beiden Seiten diejenigen Leute den entscheidenden Einfluss bekommen, die in der Lage sind, ganzheitlich zu denken und individuelle Sonderinteressen in den Hintergrund zu stellen, dürften diese unnötigen Probleme künftig kaum mehr auftauchen.

Wir Sportler sind dazu bereit, und wir sind überzeugt davon, dass dies auch bei der überwältigenden Mehrheit der übrigen Waldbenützer und der Gemeindebehörden der Fall sein wird.

nis dieser Grundregel und ihre Nutzenanwendung könnte die Konfliktsituation zwischen Erholungssuchenden und Jägern weitgehend entschärfen. Zuweiligerhandlungen gegen das, was als «Anstandspflicht des Gastes im Hause des Wildes» bezeichnet werden kann, geschehen weit öfter aus Unkenntnis denn aus böser Absicht.

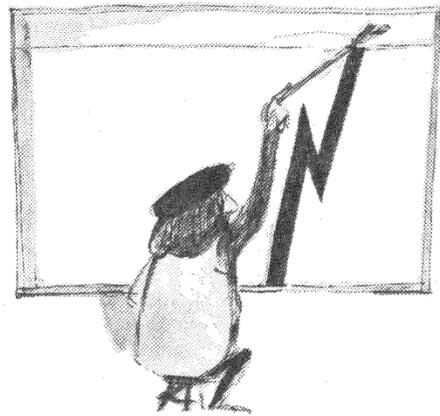
Gute und schlechte Beispiele

Als Beispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Jagd und Sport im Walde sei an die Richtlinien erinnert, die bezüglich der Durchführung grösserer OL-Anlässe in verschiedenen Kantonen zwischen den interessierten Kreisen vereinbart worden sind. Durch das Unterlassen solcher Veranstaltungen während der Aufzuchtzeit und durch das Ausschneiden grösserer, zusammenhängender Ruhezeiten für das Wild ist der störende Einfluss solcher Massenveranstaltungen im Walde ganz entscheidend entschärft worden. Gewiss bedarf es noch weiterer Intensivierung der Zusammenarbeit, doch ist ein erfolgsversprechender Anfang gemacht.

In den wenigsten Fällen ist die sportliche Tätigkeit im Walde als solche Ursache des Konfliktes, vielmehr ist es die Art und Weise ihrer Ausübung. Doch gibt es einige Sportarten, von denen in besonderem Masse beunruhigende Effekte ausgehen.

In den dem Wintersport erschlossenen Gebieten bildet das sogenannte Variantenski fahren Grund zu Besorgnis. Es ist bereits erwähnt worden, dass das Wild besonders im Winter zur Schonung seiner Energiereserven grösstmöglicher Ruhe bedarf. Nachdem in skisportlich erschlossenen Gebieten das Wild durch die Anlage von Pisten in oft ungünstige Einstandsgebiete zusammengedrängt worden ist, wird es dort durch diese neueste skisportliche Variante empfindlich gestört. Hier kann nur Aufklärung Abhilfe schaffen, eine Aufgabe, die sich die Jagdverbände in Zusammenarbeit mit den interessierten Kreisen zum Ziel gesetzt haben. In dasselbe Kapitel gehört die Forderung nach einer wildgerechten Anlage von Langlaufloipen. Eine letzte Erscheinung – gegen die allerdings eine gesetzliche Handhabe vorhanden wäre – bildet das wilde Cross-Country-Fahren jugendlicher Mopedfahrer, eine «Sportart», durch die das Wild wie auch der im Wald Erholungs Suchende empfindlich gestört werden.

Die Konfliktsituation zwischen Jagd und Freizeitsport im Walde besteht. Wildgerechtes Verhalten ist indessen lernbar, und wer sich im Walde betätigt, sollte sich mit den Grundsätzen dieses Verhaltens vertraut machen.



THE FINE ART OF BANKING
IST AUCH KUNST.

Nämlich die Kunst, unseren Kunden die Gewissheit zu geben, dass sie und ihr Geld mit den richtigen Leuten verkehren.

JB&B
BANK JULIUS BAR
THE FINE ART OF BANKING
Zürich London New York